3. Jahrgang / Nr. 211

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche. 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Postscheckkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H." Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Mittwoch, 21. September 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk.
Reklame: Die Millimeterzeile, 8gespalten oder deren Raum im Text 3.— Mk.

Soll das Kahrsystem bleiben?

In der Münchener Regierungskrise ist Sonntag das Zwischenspiel der Verhandlungen des Führers der bayerischen Volkspartei mit dem Ministerpräsidenten von Kahr zum Abschluß gekommen. Geheimrat Held ist aus Berchtesgaden zurückgekehrt. Ueber das Ergebnis seiner Reise ist zwar noch keine offizielle Meldung erfolgt, doch ist es nach verschiedenen Anzeichen das erwartete gewesen: **Herr von Kahr hat das Angebot der Kabinettsbildung, so wie es mit bestimmten Bedingungen gestellt worden war, abgelehnt.**

Im übrigen kann von einer Klärung der Lage nicht gesprochen werden. Alles Weitere ist vielmehr in vollkommenes Dunkel gehüllt. Im Augenblick erschwert die Beurteilung nicht wenig auch der schon gemeldete Antrag der bayerischen Volkspartei auf Schaffung eines Staatspräsidenten; er läßt nicht ersehen, ob die Bezeichnung der Richtlinien, die bei der Besprechung für die Aufstellung eines Koalitionsprogramms seinerzeit gezogen wurden, nur bezweckt, die Machtfülle des Ministerpräsidenten zu der eines Staatspräsidenten zu erweitern oder neben und über dem Ministerpräsidenten einen eigenen Staatspräsidenten zu schaffen.

Die bayerische Volkspartei macht der Reichsregierung die Konzession, die Person Kahrs fallen zu lassen — nachdem durch ein formelles Angebot an Kahr auch der Schein des Nachgebens gegenüber der Reichsregierung beseitigt ist — dafür verlangt sie die Zustimmung zu den bayerischen Vorschlägen, deren Annahme die vollständige Kapitulation der Regierung vor der bayerischen Konterrevolution besiegeln soll:

Selbst wenn Kahrt geht, das Kahrsystem wird bleiben. Für die Arbeiterklasse hat sich die Notwendigkeit, mit dem Kahrsystem aufzuräumen, auch nicht im geringsten geändert.

Die Rede eines bayerischen Ministers.

Der bayerische Minister Oswald erklärte in einer Rede anläßlich einer Demonstration der bayerischen Volkspartei:

Man behandelt uns wie Vasallen, die nur mehr geduldet sind, wenn man sie haben muß. Darüber soll man sich in Berlin und in sonst politischen Kreisen keiner Täuschung hingeben, daß je nach Lösung der Krise das Gewitter noch nicht entladen ist. Kommt es zu einer für das Volk unbefriedigenden Lösung, dann können die Dinge für das Reich und den Reichsgedanken von unabsehbaren Folgen sein. Ich möchte letzteres nicht wünschen, aber man soll sich ja nicht täuschen. Das Maß ist voll bis oben.

Am Schluß seiner Rede erklärte Oswald, daß das Programm der nächsten Tage sei:

1. **Unter keinen Umständen eine Koalition mit den Sozialdemokraten,**
2. **Halten der bisherigen Koalition,**
3. **zurück zu Kahr.**

Der Minister Oswald ist Mitglied der bayerischen Volkspartei, der stärksten bürgerlichen Partei Bayerns. Vor einigen Tagen spielte die bayerische Volkspartei mit dem Gedanken, Kahr fallen zu lassen. Jetzt verhandelt sie wieder mit Kahr wegen seiner Wiederkehr.

Die bayerische Gegenrevolution steht somit geschlossen da.

Die Kahr-Regierung leugnet ihre Beziehungen mit den Kappisten.

Im ständigen bayerischen Landtagsausschuß gab der Staatssekretär Schweyer im Namen der bayerischen Regierung folgende Erklärung über die Enthüllungen Wirths ab.

Sachlich habe ich zu den Vorwürfen folgendes zu erklären: Justizminister Roth hat für seine Person bereits zu der gegen ihn erhobenen Anschuldigung Stellung genommen. Er hat festgestellt, daß diese aus durchsichtigen Gründen gegen ihn angestellten Behauptungen glatt erfunden seien. Was weiterhin den angeblichen Verkehr des Polizeipräsidenten Pöhner mit Erhardt betrifft, so ist folgendes festzustellen: Als nach dem Kapp-Putsch im März 1920 die Marinebrigade Ehrhardt, die damals in Döberitz stand, aufgelöst wurde, kam Korvettenkapitän Ehrhardt allerdings einigemale in das Münchener Polizeipräsidium und auch an andere bayerische Stellen, um dort wegen der Unterbringung einzelner Gruppen seiner Leute vorstellig zu werden. Zu derselben Zeit ging Ehrhardt auch im Reichswehrministerium unbeanstandet aus und ein. Es war damals noch in keiner Weise bekannt, daß Haftbefehle gegen Ehrhardt vorliegen. Der Haftbefehl gegen Ehrhardt vom 15. Mai 1920 wurde lediglich im deutschen Fahndungsblatt veröffentlicht. Mit Vorwürfen allein ist es nicht getan; es müssen auch Unterlagen erbracht werden. Das gilt auch für den Vorwurf, daß Ehrhardt noch immer beim Polizeipräsidenten Pöhner ein- und ausgehe, eine Behauptung, der der Polizeipräsident widerspricht, und die für jeden unbefangenen Beurteiler den Stempel der Erfindung an der Stirn trägt. Seit Bekanntwerden der Haftbefehle ist der Polizeipräsident Pöhner nicht mehr mit Ehrhardt in Berührung gekommen.

Ich habe den Eindruck, daß der preußische Staatskommissar in seinem Bericht höchst leichtfertig vorgegangen ist, und kann nur bedauern, daß der Reichskanzler sich diesen Bericht zu eigen gemacht hat, ohne sich zu vergewissern.

Kahr und Pöhner bestreiten jegliche Beziehungen zu den Kappisten. **Ehrhardt soll nur dann bei Pöhner verkehrt haben, als der Steckbrief gegen ihn noch nicht erlassen war.**

Es steht aber fest, daß Ehrhardt erst nach Bekanntmachung des Steckbriefs nach München gekommen ist.

Kein Leugnen wird den Kahrleuten helfen. Die Tatsachen sprechen gegen sie.

Warum konnten die Mörder Erzbergers rechtzeitig aus München entfliehen?

Warum sind auf den Plakatsäulen in München die Bildnisse der Mörder Erzbergers unkenntlich gemacht worden?

Warum hat die Orka, die gegenrevolutionäre Organisation im Kappistenzentrum Rosenheim es vermocht, sich rechtzeitig aus dem Staube zu machen und nach Tirol überzusiedeln?

Vor aller Welt steht das Kahrregime da als ein System des gegenrevolutionären Meuchelmordes.

Es ist Zeit, daß die Arbeiter zugreifen.

Der Münchener Bezirkstag der KPD. von Poehner aufgehoben.

München, 18. September.

In der Nacht zum Sonntag wurde in München eine kommunistische Bezirkskonferenz ausgehoben. In Lastautos wurden fünfzig Personen zur Polizeidirektion gebracht, darunter der kommunistische Abgeordnete Remmele, Bruder des früheren badischen sozialistischen Ministers des Innern, der wegen Aufreizung zum Klassenhaß und Hochverrats schon einmal in einer Münchener Parteiversammlung verhaftet, dann aber auf Reichstagsbeschluß wieder freigelassen worden war.

Die Aushebung des kommunistischen Bezirkstages bedeutet eine neue freche Verhöhnung der Arbeiterschaft durch den Mordpolizeipräsidenten Poehner. Die Arbeiterschaft muß die sofortige Freilassung der Verhafteten und die Absetzung des Hochverräters Poehner erzwingen.

Das Maß ist voll!

„Das Maß ist voll!", so antwortet die bayerische Gegenrevolution auf die Enthüllungen Wirths im Ueberwachungsausschuß des Reichstags. „Zurück zu Kahr!", so antwortet sie auf die Angriffe gegen das Kahrregime. Selbständigkeit Bayerns, Zerschlagung des Reichs, Souveränität der bayerischen Konterrevolution, denn nicht anderes ist der Sinn der Anträge der Bayerischen Volkspartei, mit einem Worte: Legalisierung des konterrevolutionären Hochverrats gegen die Republik, das ist ihre Antwort auf die Anklage der Begünstigung der kappistischen Hochverräter.

Die Kahr und Poehner trumpfen auf. Sie, deren Regime jetzt vor aller Welt und offiziell bestätigt als ein Regime gegenrevolutionären Meuchelmordes dasteht, denken nicht daran, zu weichen. Die bayerische Gegenrevolution steht geschlossen da. Die Bayerische Volkspartei, die einen Augenblick lang schwankte und schon bereit schien, Kahr fallenzulassen, sie ist die Führerin des neuen Vorstoßes.

Was wird die Regierung Wirth auf die neue schallende Ohrfeige, die ihr von den Kahrleuten verabfolgt wird, antworten? Sie hat erst tagelang ein Kompromiß mit den Kahrleuten gesucht, die Veröffentlichungen Wirths aber waren nichts anderes als eine Flucht in die Oeffentlichkeit.

„Das Maß ist voll!" So antwortet die Arbeiterschaft auf die neue Kampfansage der Kahrbanditen, hinter denen die weiten Kreise der Gegenrevolutionäre aus dem ganzen Deutschland, aus Schlesien und aus den anderen Orgeschprovinzen stehen.

Die Arbeiterschaft darf sich nicht mehr von den schönen Reden der Regierung hinhalten lassen. Sie muß die Konsequenzen aus diesen Reden verwirklicht sehen.

Die Konsequenz der Kampfansage Bayerns ist die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern von Reichs wegen. Die Konsequenz der Enthüllung über den Mord an Erzberger, über die Beziehungen der Kahrregierung zu den Kappisten, ist die Anklage gegen die Kahr, Roth und Poehner wegen Hochverrats und Begünstigung des Meuchelmords.

Wird die Regierung diese Konsequenzen ziehen? Oder wird sie wieder vor Kahr zu Kreuze kriechen? Wird die SPD. ihre Vertreter in der Regierung veranlassen, konsequent zu handeln?

Oder soll Gradnauer auch weiterhin täglich kommunistische Zeitungen verbieten?

Aber selbst wenn die Regierung den guten Willen hätte, mit der bayerischen Gegenrevolution aufzuräumen, könnte die Arbeiterschaft nicht untätig bleiben. Denn die einzige Macht, die Kahr und die Gegenrevolution niederwerfen kann, das ist die geschlossene Macht des Proletariats.

Die proletarischen Kräfte zu vereinen und zum Kampf zu mobilisieren, das ist die Aufgabe der Stunde. Die Einheitsfront des Proletariats, das ist das einzige Mittel, um die Kahr und alle die hinter ihnen stehen, niederzuwerfen.

Die großen Massen der sozialdemokratischen und unabhängigen Arbeiter wollen diese Einheitsfront. Sie haben ein Recht darauf, von ihren Führern in dieser Stunde klare Antwort zu erhalten.

Ein Weg ist für die Arbeiterschaft von vornherein ungangbar. Löbe, Ernst Heilmann und andere sogenannte „linke" Führer der SPD., die offenkundig von der Parteibürokratie vorgeschickt werden, propagieren ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei, mit Stinnes, für den Fall, daß die Stresemänner sich für die Republik, für die Erfassung der Goldwerte und gegen Kahr erklären. Zu gleicher Zeit erklärt sich die Großbourgeoisie, von Stinnes geführt, bereit, der Regierung für anderthalb Milliarden Golddevisen zu leihen, falls die Deutsche Volkspartei in die Regierung hineingenommen und in der Frage der Erfassung der Goldwerte nachgegeben werde. Stresemann tritt ostentativ für eine Regierung der Mitte ein.

Beide Pläne berühren sich. Die Verwirklichung dieses Planes bedeutet, daß unter dem Deckmantel der formalen Erhaltung der Republik Stinnes und die Gegenrevolution herrscht, daß also auch Kahr-Bayern im wesentlichen ungeschoren bleibt, daß alle Lasten auf das Proletariat abgewälzt werden.

Das können die Arbeiter sich nicht bieten lassen. Es gibt keinen Kampf gegen Kahr mit Stinnes, denn Stinnes braucht die Kahrleute. Es gibt keine Erfassung der Goldwerte mit Stinnes, denn die Erfassung der Goldwerte hat nur Sinn als Konfiskation des kapitalistischen Eigentums.

Was die Arbeiter fordern, ist der geschlossene Kampf gegen die Gegenrevolution und das heißt im gegenwärtigen Augenblick der Kampf gegen Kahr-Bayern.

Die Sozialdemokraten und die Unabhängigen haben in Nürnberg seinerzeit Maßnahmen beschlossen, um eine Aktion der Arbeiterschaft für den Fall eines Widerstandes der Kahrleute durchzuführen. Damals sprachen sie von

Der neue Feldzug gegen Sowjetrußland.

In Rumänien sind seit 1. September alle 1875 bis 1897 geborenen Männer, ferner alle Zugtiere und Fahrzeuge konskribiert worden. Alle Offiziere und Militärbeamte, auch die Reservisten, sind besonderen Meldepflichten unterworfen. An der bessarabischen Front ist eine ganze Armee konzentriert. Der rumänische Kriegsminister hat sich am 11. September an diese Front begeben. In Polen finden große Manöver statt. Foch, der französische Oberkommandierende, mit seinem ganzen Stab nimmt teil daran. Russische Konterrevolutionäre aller Richtungen sammeln sich in Polen, Rumänien und Bulgarien. Der „Daily Herald" berichtet, daß schon im August in Sofia eine Monarchistenkonferenz stattgefunden hat, vorher die in Reichenhall. Der Oberst Freiberg in Berlin und der japanische Gesandte in Konstantinopel, Kuvaki, vermitteln zwischen ihnen und dem Helden der russischen Gegenrevolution Semenow im Fernen Osten. Der Aufmarsch ist vollzogen. Die Petljurabanden in der Ukraine als Vorposten des Angriffes sind ins Gefecht getreten. Die polnische Herrenklasse, der vor der Wirtschaftskrise im eigenen Lande graut, hat wohl eine Weile gezaudert, aber Frankreich hat dem erschöpften Vasallen die Sporen in die Flanken gegeben, wenn er in Oberschlesien nicht im Stich gelassen werden will, muß er auf Befehl des französischen Finanzkapitals im Osten in den Krieg. Der Tanz hat begonnen!

Wir stehen am Vorabend eines ungeheuerlichen neuen Verbrechens, vor einem neuen Sturm auf das Bollwerk der Revolution, auf Sowjetrußland!

Das gesamte Proletariat Europas muß in geschlossener Front sich erheben, um den neuen Angriffsplan gegen Rußland zu vereiteln. Das Proletariat Englands wie Frankreichs in erster Linie. Aber auch die deutsche Arbeiterklasse muß auf dem Posten sein. Keine Transporte von Truppen- und Kriegsmaterial gegen Sowjetrußland dürfen Deutschland passieren! Mit verdoppeltem Eifer muß die Arbeiterschaft die Hilfsaktion für Sowjetrußland unterstützen, um die lähmende Notlage der russischen Arbeiter- und Bauernrepublik möglichst schnell zu beheben.

Wenn das Proletariat aller Länder für Sowjetrußland kämpft und Sowjetrußland hilft, so kämpft es für sich selbst und hilft es sich selbst! Vielleicht ist es niemals um Ernsteres gegangen!

Krestinski Sowjetvertreter in Berlin.

In Anbetracht der Wichtigkeit der deutsch-russischen Beziehungen hat die Sowjetregierung Krestinki, den Volkskommissar der Finanzen, zu ihrem Vertreter in Berlin ernannt.

Der Generalstreik in Nordfrankreich dauert fort.

In Nordfrankreich ist die Streiklage unverändert. Die Gasthäuser sind wieder geöffnet. Am Montag sollen die städtischen Arbeiter in Roubaix die Arbeit wieder aufnehmen. Die Vereinigung der Unternehmer erklärt aber, daß ihr noch keine Einladung zugekommen sei, beim Ministerpräsidenten vorzusprechen. Die Unternehmer lehnen noch immer den Schiedsspruch ab.

einem Generalstreik in Bayern, von einem Boykott Bayerns.

Jetzt ist es Zeit, diese Maßnahmen durchzuführen. Jetzt ist es Zeit, die geheimnisvolle Zurückhaltung, die über die Nürnberger Besprechungen und die Beratungen der Parteivorstände in Berlin geübt wurde, aufzugeben.

Das Bayern Kahrs und Poehners sagt den Kampf an. Die sozialdemokratischen und unabhängigen Arbeiter müssen von ihren Führern die Erfüllung ihres Versprechens fordern.

Das Maß ist voll. Es kann kein Warten mehr geben.

Stegerwald solidarisiert sich mit Kahr.

Das Preußische Staatsministerium versendet eine amtliche Erklärung, in der es heißt:

Das Staatsministerium bedauert, daß derartige Schritte eines seiner Organe in einem anderen Lande stattgefunden haben, ohne daß darüber die Regierung dieses Landes unterrichtet worden war. Es bedauert weiter, daß darüber der Oeffentlichkeit Mitteilung gemacht worden ist, bevor die Regierung des beteiligten Landes die Möglichkeit hatte, sich zu dem Ergebnis der damaligen Ermittelungen zu äußern. Gegen eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse sind die geeigneten Vorkehrungen getroffen.

Weiter erklärte der Ministerpräsident Stegerwald einem Vertreter des WTB. über die bayerische Frage, daß seines Erachtens die bayerischen Abänderungsvorschläge zu der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten jene Abänderungsvorschläge, nach denen Pöhner und Kahr neue Waffen in die Hand bekommen sollen, eine annehmbare Grundlage zur Beilegung des Konflikts bilden.

*

Durch die Desavouierung Weismanns, durch seine Erklärung, solidarisiert sich Stegerwald offen mit Kahrbayern.

Die Arbeiterschaft muß die Erklärung Stegerwalds zur Kenntnis nehmen. Sie ist ein neuer Beweis dafür, daß der Kampf gegen Kahrbayern ausgefochten werden kann nur als Kampf gegen die gesamte deutsche Gegenrevolution.

Präsident Kahr!

Kahr als Staatspräsidents-Kandidat.

Die Nachrichten aus Bayern melden, daß Kahr, nachdem er für den Posten eines Ministerpräsidenten nicht mehr in Frage kommt, für die Stellung eines Staatspräsidenten in Aussicht genommen ist.

Die bayerische Gegenrevolution organisiert den Widerstand.

Die „Münchener Post" veröffentlicht folgendes Telegramm des bayerischen Ordnungsblockes:

„München, 15. September 1921.

Sofort in Stadt und Land Telegramme der Treue an Kahr und des Protestes an den Landtag organisieren, abschicken, veröffentlichen. Bayerischer Ordnungsblock."

Heim gegen Wirth.

In einer Generalversammlung des Tuntenhausener Bauernvereins richtete der Führer der bayerischen Volkspartei, Dr. Heim, scharfe Angriffe gegen Wirth und erklärte dann weiter:

„Wie können wir den Ausnahmezustand aufheben zu einer Zeit, wo eine Republik aus Franken gemacht werden soll! Der Ministerpräsident Dr. Kahr wollte den Satz hinzufügen: Sobald es die Verhältnisse erlauben. Denn im Ministerrat hat ein Minister gesagt: Unter Aufhebung des Belagerungszustandes verstehe ich die Aufhebung in 8 bis 10 Tagen. Das war Herr Minister Hamm von den Demokraten. Es ist notwendig, einmal diese Dinge beim Namen zu nennen. Daraufhin hat sich der Ministerpräsident gesagt, wenn in der Koalition solche Unklarheiten auftauchen, dann muß ich sichergehen, damit man mich später nicht des Wortbruchs und der Zweideutigkeit zeihe. Ich verlange den Zusatz: Sobald es die Verhältnisse gestatten. Eine Politik der Narrheit machen wir nicht mit. In diesen schweren Zeiten müssen wir alle zusammenstehen in Liebe und Treue zu unserer Scholle und unserem Vaterlande. Zum Schluß nahm man eine Entschließung an, die dem Ministerpräsidenten und der Bayerischen Volkspartei für die bisherige Politik Dank und Anerkennung ausspricht und eine Politik der Ruhe, Ordnung und Sicherheit weiterhin fordert.

*

Die Deutschnationalen triumphieren!

In einer Sitzung des Landesverbandes Braunschweig der Deutschnationalen Partei erklärte der Parteiführer Hergt folgendes:

„Der Reichstagsausschuß hat die Reichsverordnung zu einem Teil für ungültig erklärt. Das dürfte genügen, um den Kanzler unmöglich zu machen. In der Frage des bayerischen Kompromisses beliebt die Reichsregierung es so darzustellen, als sei Kahrs Scheiden ein Bombenerfolg für sie. Sie vergißt, daß die Kompromißregelung erkauft ist mit schweren Opfern und Zugeständnissen durch die Reichsregierung."

*

Die bayerische Gegenrevolution setzt alle Kräfte daran, das Kahrregime zu festigen und zu erhalten. Dem Vorstoß der bayerischen Volkspartei, der die Unabhängigkeit der bayerischen Gegenrevolution, die Legalisierung des monarchistischen Hochverrats bezweckte, folgt der Plan, Kahr zum Staatspräsidenten zu machen, auf dem Fuße.

Kahr soll für Bayern, für Deutschland dasselbe werden, was Horthy für Ungarn: Der Reichsverweser, der Diktator und Platzhalter der Monarchie.

Die Deutschnationalen triumphieren. Hergt stellt mit Behagen die Tatsache fest, daß die Reichsregierung es nicht wagt und nicht wagen wird, der bayerischen Gegenrevolution, der Führerin der Gegenrevolutionäre aus ganz Deutschland, auch nur ein Haar zu krümmen.

Hergt hat recht. Die Regierung wird den Kahrleuten nicht allzu nahe treten. Sie wird kommunistische Blätter „wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung" auch weiterhin verbieten. Sie wird aber nichts dagegen tun, wenn sie von den Kahrleuten verhöhnt wird.

Die Arbeiterschaft, die einzige Macht, die dem Kahrregime ein Ende bereiten kann, muß auf den Plan treten.

Wo bleibt die Durchführung der von den USP. und SPD., für den Fall eines Widerstandes der Kahrleute, beschlossenen Maßnahmen?

Warum wird das Geheimnis über jene Besprechung der Sozialdemokraten und Unabhängigen noch so ängstlich gewahrt?

Jetzt, da es klar ist, daß die Kahrleute nur der Gewalt weichen werden, ist es Zeit, daß die Arbeiter klare Worte zu hören bekommen. Jetzt ist es Zeit zu handeln.

Herr Gradnauer verbietet.

Herr Gradnauer kämpft seinen „gleichmäßig gegen links und rechts gerichteten" Kampf weiter.

Er verbietet zwei kommunistische Tageszeitungen.

In Gotha war nach dem Verbot des „Volksblatts" die „Fanfare der Revolution" erschienen. Der Zorn des Herrn Gradnauer traf auch sie.

In Remscheid ist die „Bergische Volksstimme" verboten worden.

Aber Herr Gradnauer kämpft auch gegen rechts. Er hat zwei kleine monarchistische Wochenschriften, die „Krone" in Dresden und die „Tradition" in Berlin, die kein Mensch liest, ebenfalls auf 14 Tage verboten.

Die kommunistische Presse ist geknebelt. Die deutschnationalen Hetzblätter erscheinen weiter. Wer aber wollte an Gradnauers nach allen Seiten gerichteten Energie und Tatkraft zum Wohle der Republik zweifeln?

Monarchistenverschwörung an der Wasserkante.

Der „Hamburger Volkszeitung" werden folgende Tatsachen gemeldet, deren Richtigkeit sie durch Nachprüfung feststellte:

„Kurz vor der Ermordung Erzbergers traf in Glücksburg eine vornehme Luxusjacht ein. Als ihr Besitzer wird ein Herr von Wels aus Holland angegeben. Die Jacht hat, seitdem sie in Glücksburg erschien, verschiedene Male den Hafen gewechselt. Nach Glücksburg lag sie vor Hohenau bei Langenballig, dann vor Schleswig und in Louisenlund, dann erschien sie 14 Tage vor Kappeln und jetzt liegt sie in einer ganz versteckten Bucht bei Lindoumnitz.

Die Jacht liegt dauernd auf Strom, d. h. so weit von Land, daß niemand heran kann. Außerdem geht ständig eine Wache auf Deck auf und ab. Bei Tag kann während der ganzen Zeit nur zweimal jemand für ein paar Stunden an Land. Die Jacht brachte den Mann an Land, fuhr aber sofort wieder auf Strom und kam wieder an Land, um den Mann an Bord zu nehmen.

Diese Geheimniskrämerei wird verständlich, wenn man weiß, daß die Jacht mit dem Herzog Ernst Günther von Glücksburg-Bogelsang und dem Prinzen Heinrich in Verbindung steht. Von dieser Jacht aus scheinen Fäden von Ameorngen nach dem holsteinischen Adel und von dort aus nach Bayern gesponnen. Als nämlich die Jacht vor Hohenau bei Langenballig lag, beobachteten Fischer in der Nacht, daß zwei Herren der Jacht entstiegen und in einem bereitstehenden Auto davonfuhren. Begleiter des Autos war der Förster des Herzogs Ernst Günther.

Das Schloß dieses Herzogs bei Bogelsang-Grünholz ist ein bekanntes Orgeschnest. Sein Förster ist als wilder Reaktionär in der Gegend bekannt. Für seine gegenrevolutionären Konspirationen hat der Herzog noch einen Oberst a. D. angestellt. Dieser spielt auch in der sogenannten „Technischen Nothilfe" in jener Gegend eine besondere Rolle."

*

Diese Meldung wird ergänzt durch einen Bericht und Material, die uns aus Kiel zugehen:

„Zwischen dem Kieler Jachtklub, der sich noch immer „Kaiserlicher" nennt, und gegenrevolutionären Organisationen in Hamburg und Schleswig-Holstein herrscht in der letzten Zeit ein reger Verkehr. Bezeichnend für den Charakter des Verkehrs ist folgendes Telegramm:

Aufgenommen den 3. 9. 1921, 7 Uhr.

Telegramm: Hamburg.

Yacht Wibbina

Kaiserl. Yacht-Club

Kiel.

Gute Nachrichten empfangen

LOZOTICOUK NOULUPLUMI
SUULFEDAOC ULYWYLLEVE IPIYEMLAAF
MOPOURLAIF BUPOPOKAUG USYSALSIUG
USIPIYMOVE KOFUJOLAHY KEJOECEYIF
ZCYKBOYMPE MUZOIPOTYT MOOMINEMIN
EMUTTE

Ich habe festgestellt, daß der Absender dieses in Hamburg aufgegebenen Telegramms ein holländischer Aristokrat namens van den Berg ist. Die Geheimschrift konnte ich nicht entziffern, auch auf anderem Wege bisher nicht feststellen, was der Inhalt, der sich hinter der Geheimschrift verbirgt, ist. Das Telegramm ist hier wie jedes andere Telegramm von der Post bestellt worden."

„Zwei Jahre Mord"

Die Genossen Reichstagsabgeordneten Ad. Hoffmann, Bartz und Plettner haben an die Reichsregierung folgende kleine Anfrage gerichtet:

„Herr E. J. Gumbel hat in einer Broschüre „Zwei Jahre Mord" eine Zusammenstellung der politischen Morde seit dem 9. November 1918 der Oeffentlichkeit übergeben. Herr Gumbel stellt fest, daß während dieser Zeit sich die von rechts begangenen Mordtaten auf 314 belaufen. 26 namentlich angeführte Personen stehen unter dem starken Verdacht der Mordbegünstigung oder Anstiftung. 35 namentlich aufgeführte Personen stehen unter dem dringenden Verdacht der Mordausführung.

Herr Gumbel stellt des weiteren fest, daß bis heute noch kein politisches sowie militärisches Mitglied der Kapp-Regierung bestraft wurde, wogegen allein gegen Mitglieder der bayerischen Räteregierung 519 Jahre 9 Monate Freiheitsstrafen und eine Anzahl Todesurteile verhängt bzw. vollstreckt worden sind.

In der Reichstagssitzung vom 5. Juli 1921 hat der Abgeordnete Dr. Radbruch obengenannte Broschüre dem Herrn Justizminister überreicht mit der formellen öffentlichen Aufforderung, den einzelnen Fällen nachzugehen und über das Ergebnis seiner Untersuchung Auskunft zu geben.

Wir fragen an:

Hat die Reichsregierung entsprechend der an sie in der Reichstagssitzung vom 5. Juli 1921 gerichteten Aufforderung eine Untersuchung der in der Gumbelschen Broschüre aufgeführten Fälle veranlaßt?

Zu welchem Ergebnis hat die Untersuchung geführt?

Was gedenkt die Regierung zu tun gegen die Staatsanwälte und Richter, die unter völliger Außerachtlassung jeder richterlichen Objektivität die Angeklagten freigesprochen oder das eingeleitete Verfahren eingestellt haben?

Berlin, den 13. September 1921."

Ein sinnloses Verbot.

Im Landtage ist folgende Kleine Anfrage vom Genossen Ernst Meyer eingebracht worden:

Vor kurzem ist auf Anordnung des Reichsministers des Innern die „Kommunistische Arbeiterzeitung" verboten worden. Die „Kommunistische Arbeiterzeitung" ist das einzige zweimal wöchentlich erscheinende Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei.

Ist das Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung dafür sich einzusetzen, daß dieses Verbot sofort wieder rückgängig gemacht wird, um nicht der Kommunistischen Arbeiterpartei das einzige Organ zu rauben, das sie besitzt, um ihre politischen Auffassungen in der Oeffentlichkeit zu vertreten?

Der Hochverrat als Produktionsförderung.

Eine Anfrage unserer Kommunistischen Fraktion im Preußischen Landtage ist dem Landwirtschaftsminister so unangenehm, daß er nicht mit seiner Antwort bis zum Zusammentritt des Landtages wartet, sondern schon jetzt einen Rechtfertigungsversuch durch die Presse verbreiten läßt. Das Gut Pilzen des Hochverräters von Kapp ist an den Sohn Kapps mit Zustimmung des Landwirtschaftsministers verpachtet worden. Der Pachtvertrag selbst wurde zwar von dem gerichtlich bestellten Pfleger des Reichsgerichts abgeschlossen, dann aber von den Oberpräsidenten in Ostpreußen dem Landwirtschaftsminister mit der Anfrage vorgelegt, ob irgendwelche Bedenken dagegen beständen. Der Landwirtschaftsminister stimmte zu, denn:

„Vom Standpunkte des gegen Kapp in seiner Eigenschaft als früherer Generallandschaftsdirektor schwebenden Disziplinarverfahrens war gegen eine Verpachtung nichts einzuwenden; ebensowenig ließen sich vom Standpunkte der Produktionsförderung dagege Anstände geltend machen. Für die Entscheidung über die Angemessenheit des Pachtpreises war das Landwirtschaftsministerium nicht zuständig. Mit Rücksicht hierauf wurde dem Oberpräsidenten vom Landwirtschaftsministerium geantwortet, daß grundsätzlich gegen den Pachtvertag keine Bedenken zu erheben seien."

Die Anfrage des Oberpräsidenten geschah offenbar aus politischen Rücksichten. Das muß auch der Fachminister Warmbold bemerkt haben, der sich trotzdem nicht scheute, durch die Genehmigung des Pachtvertrages dem alten von Kapp reichliche Einkünfte für seinen Aufenthalt in Norwegen zu verschaffen. Schließlich ist von einem Minister des Kabinetts Stegerwald, der in der gegenwärtigen Situation für die Kapp-Regierung Kahrs in Bayern eintritt, nichts anderes zu erwarten.

Die deutschen Kriegsverluste.

Das „Militärwochenblatt" veröffentlicht die endgültigen deutschen Kriegsverlustziffern.

Verwundungen insgesamt:	
Offiziere, Fähnriche und Fahnenjunker	96 207
Sanitätsoffiziere und Unterärzte	2 200
Veterinäroffiziere und Unterveterinäre	158
Unteroffiziere und Mannschaften	4 148 075
Beamte	503
Gesamtzahl der Verwundungen	4 247 143
Tote (ohne 14 000 Farbige):	
Offiziere, Fähnriche und Fahnenjunker	53 323
Sanitätsoffiziere und Unterärzte	1 675
Veterinäroffiziere und Unterveterinäre	183
Unteroffiziere und Mannschaften	1 751 809
Beamte	1 555
Gesamtzahl der Toten	1 808 545
Gesamtverlust:	
Offiziere, Fähnriche und Fahnenjunker	149 530
Sanitätsoffiziere und Unterärzte	3 875
Veterinäroffiziere und Unterveterinäre	341
Unteroffiziere und Mannschaften	5 899 884
Beamte	2 058
Gesamtverlust	6 055 688

Vergessen und überhaupt nicht zu berechnen sind die Opfer, die der Krieg hinter der Front gefordert hat. Die Sozialdemokraten haben recht. Der Kapitalismus, der uns zu diesem herrlichen Ergebnis führte, muß unbedingt wieder aufgebaut werden!

Eröffnung des Görlitzer Parteitages der SPD.

Am Sonntag wurde in der Görlitzer Stadthalle unter starker Beteiligung der sozialdemokratische Parteitag eröffnet. Die politische Eröffnungsrede hielt der ehemalige Reichskanzler Hermann Müller. Unter scharfen Angriffen auf die Deutschnationalen erklärte er den Schutz der Republik als die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie. Nicht durch Ausnahmeverordnungen, sondern durch Gesetz müsse er erfolgen und dadurch, daß die Sozialdemokratie wieder in die Preußische Regierung eintrete. Der Winter müsse die Arbeiterschaft in ständiger Alarmbereitschaft finden. Die Kreise, die dem Reich im Kampf um das goldene Kampf die Devisen wegkauften, müßten scharf angefaßt werden.

Hermann Müller griff die Deutsche Volkspartei nicht mit einem Worte an, vermied überhaupt, über die Stellung der Sozialdemokratie zur Volkspartei, die Kernfrage des Parteitags, zu sprechen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Mehrzahl der Führer der SPD. die Partei in die Koalition mit der Volkspartei wieder hineinführen wollen. Deutlicher noch als aus der Ansprache Müllers geht das hervor aus dem Begrüßungsartikel Stampfers im „Vorwärts", der die Koalition mit jeder bürgerlichen Partei als erlaubt erklärt.

„Vom Parteitag ist nicht nur zu erwarten, daß er die Notwendigkeit der Koalitionspolitik einsieht — darüber wird es keinen Streit geben —, sondern auch, daß er die Schwierigkeiten, die bei der Erfüllung dieser Notwendigkeit zu überwinden sind, nicht noch vermehrt. Gerade herausgesagt: in einer Situation wie der gegenwärtigen kann der Parteitag nicht eine Sorte von bürgerlichen Politikern mit einem roten Stempel und die andere mit einem blauen abstempeln, damit die Partei weiß, mit welchen sie Koalitionen eingehen darf und mit welchen nicht. Solche Stempel bleiben, solange sie nicht ein neuer Parteitag ändert; aber inzwischen ändern sich mit rasender Schnelligkeit die Verhältnisse, die Menschen, die Parteien. So befinden sich in diesem Augenblick die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei in einem Prozeß der Umwandlung und es ist schwer zu prophezeien, in welchem Zustand sie aus ihm herauskommen werden."

Stampfer verlangt von den Parteien, mit denen die Sozialdemokratie zusammengehen soll, zweierlei: „daß sie ihre Kräfte rückhaltlos zum Schutz der Republik zur Verfügung stellen und daß sie die Opferfreudigkeit der besitzenden Klassen nicht nur in Worten beteuern, sondern auch in Werken betätigen." Daß die Deutsche Volkspartei, von deren „Umwandlung" Stampfer fabelt, eine monarchistische Partei und die ausgesprochenste Vertreterin der Kapitalsinteressen ist und bleibt, haben erst kürzlich noch die SPD.-Blätter mit aller Schärfe festgestellt. Der größere Teil der Provinzpresse spricht sich denn auch heute noch, durch die früheren Erfahrungen gewitzigt, gegen die Koalition mit der Volkspartei und für ein Zusammengehen mit den Unabhängigen aus. Wie sehr der Konterrevolution mit der Koalition von Stresemann bis Scheidemann gedient wäre, geht daraus hervor, daß heute nicht nur der linke Flügel der Volkspartei, sondern auch rechtsvolksparteiliche Organisationen und Blätter und auch die Deutschnationalen selbst sich für die Koalition einsetzen.

Der Verbandstag der Metallarbeiter in Jena.

Jena, 16. September 1921.

Die Generalversammlung der größten deutschen Gewerkschaft wird auseinandergehen, ohne eine klare Entscheidung getroffen zu haben über die große Frage: „Wie begegnen wir der steigenden Verelendung der Proletarier.“ Zu dieser betrübenden Feststellung mußte man nach Beendigung des zweieinhalbstündigen Schlußwortes von Dißmann in der heutigen Sitzung kommen. Wenn die Arbeiterschaft nicht selbst diesen Fehler korrigiert, wird es sich in einer für die Arbeiterschaft sehr nachteiligen Weise rächen. Denn durch das Fehlen einer bestimmten Marschroute werden die Kräfte des Proletariats wie bisher in einer großen Zahl von Einzelkämpfen mehr oder weniger erfolglos vergeudet.

Dißmann hat in seinem Schlußwort alle seine rhetorischen Kräfte spielen lassen, aber nicht um den Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern zu sagen, wie er sich die kommenden Kämpfe vorstellt, sondern um sich das Wohlwollen seiner Freunde von rechts zu sichern.

Während Dißmann in seinem Referat einen sehr resignierten und müden Eindruck gemacht hatte, trug er heute eine optimistische Stimmung zur Schau. Er scheint begründete Aussicht zu haben, auf seinem Posten bleiben zu können.

In der heutigen Sitzung brachten die beiden ersten Redner der dritten Garnitur, Buse (SPD.) und Ziegler (USPD.) keine neuen Momente in die Debatte. Unser Genosse Braß führte in sehr wirkungsvoller Rede den schlüssigen Nachweis, daß nicht allein die KPD., sondern die SPD. und vor allem die USPD., deren Fraktion hier mit so großem Eifer für den Ausschluß der Kommunisten eintritt, ihre Mitglieder in den Gewerkschaften zur Vertretung einer bestimmten Auffassung verpflichtet. Er bezeichnet daher das Vorgehen gegen die tätigen Kommunisten in den Gewerkschaften als eine Heuchelei. Interessant war es, daß der USP.-Delegierte Albrecht, Berlin, den Antrag einbrachte, der Verbandstag solle sich auf eine gemeinsame Resolution aller drei Fraktionen einigen und daß Urich, Berlin (USP.), dagegen sprach.

Die Nachmittagssitzung, die von 5 bis 9 Uhr dauerte, war ausgefüllt mit der Debatte und Abstimmung über die nicht weniger als 735 Anträge, die aus den Reihen der Mitglieder an den Verbandstag gestellt wurden. Da über diese Anträge zumeist schon in den Kommissionen entschieden war, ging die Erledigung glatt vonstatten.

*

5. Verhandlungstag. — Vormittagssitzung.

Bei der Eröffnung der Sitzung um 8¼ Uhr teilt der Vorsitzende Strobel zunächst mit, daß von der Verwaltungsstelle Essen ein Telegramm eingetroffen ist, in dem der Verbandstag aufgefordert wird, den Kampf gegen die Reaktion nach Kräften zu unterstützen.

Als erster Redner der dritten Garnitur erhält das Wort Buse (SPD.). Er verwendet den größten Teil seiner Redezeit auf den Nachweis, das die Prophezeiung seiner Freunde auf dem Stuttgarter Verbandstage voll und ganz in Erfüllung gegangen sei. Weil der Vorstand entgegen seiner Stellungnahme auf dem letzten Verbandstag in der Praxis gar nicht anders handeln konnte als sein Vorgänger, deshalb müssen wir uns mit dem größten Teil seiner Maßnahmen einverstanden erklären. Angesichts dieser Tatsache ist es unverständlich, daß Ziska hier sagen konnte, er und seine Freunde ständen nach wie vor auf dem Boden der Stuttgarter Beschlüsse und Resolutionen. Das ist deshalb unmöglich, weil diese Resolutionen durch die Praxis beseitigt sind.

Wenn Oettinghaus gestern sagte, sie hätten in Stuttgart gehaßt, so sage ich,

wir haben Euch nie gehaßt.

(Heiterkeit und lebhafte Zurufe.) Was Kollege Walcher gegen unseren ungarischen Gast, den Genossen Kruppa, ausgeführt hat, muß ich auf das schärfste zurückweisen. Durch eine persönliche Aussprache mit Kruppa habe ich mich überzeugt, daß dieser hier nur die reine Wahrheit vorgetragen hat. Der ehemalige rechtssozialistische ungarische Kriegsminister Böhm hat nicht im Auftrag seiner Partei, sondern auf eigene Verantwortung gehandelt, als er Bela Khun aus dem Gefängnis holte und ihm die Führung der Regierung übertrug.

Die von Kern vorgeschlagenen Rezepte für die Gewerkschaften würden für diese Doktor-Eisenbart-Kuren bedeuten. Wir müssen uns in der Gewerkschaftspolitik nur nach streng gewerkschaftlichen Grundsätzen richten; dann werden wir zur wirklichen Einheitsfront kommen.

Ziegler-Heilbronn (USPD.): Wir lassen uns durch den Spott der Kommunisten, daß zwischen uns und den Rechtssozialisten kein Unterschied mehr bestehe, nicht beirren. Bei den Arbeitern in den Betrieben ist heute kein Unterschied mehr festzustellen, ob rechtssozialistisch, unabhängig oder kommunistisch. Alle leiden sie unter denselben Nöten und Sorgen.

Wenn Haas in bezug auf die Einheitsfront das Wort Einigungsfimmel gebraucht hat, so zeugt das von keinem ernstlichen Willen zur Einigung, wie überhaupt die Reden der Rechtssozialisten zu sehr auf Revanche eingestellt waren. Es war keine sachliche Kritik, sondern eine kleinliche, persönliche Nörgelei und Rechthaberei.

Die kommunistische Taktik lehnen wir ab, hoffen aber, auch mit unseren kommunistischen Freunden bald auf dem Boden der Einheitsfront zusammenzukommen. Doch jeder, der sich nicht den Statuten unterordnet, muß aus den Reihen des Verbandes entfernt werden.

Braß (KPD.): Das Ergebnis der bisherigen Diskussion kann man in folgende Punkte zusammenfassen. Es herrscht Uebereinstimmung darüber,

1. das Elend der Arbeiterklasse vergrößert sich;
2. die wirtschaftliche Entwicklung zeigt eine absteigende Tendenz;
3. helfen kann nur der Sturz des Kapitals;
4. notwendig ist die proletarische Einheitsfront.

Aber trotz dieses scheinbar großen Einverständnisses herrscht über die Kampfmethode große Meinungsverschiedenheit. Ich will auf diese Differenzen nicht eingehen, sondern muß mich gegen die Absicht wenden, die Kommunisten aus dem Verband hinauszuwerfen. Diese Politik treibt der Vorstand seit bald einem Jahre und sie wird in der hier vorliegenden Resolution der USP. mit Nachdruck unterstützt und deren Fortführung gefordert. Nach den bisherigen Aeußerungen der Kollegen von rechts sind diese nicht gewillt, den Unabhängigen in ihrer kurzsichtigen Ausschlußpolitik zu folgen.

Wenn uns Kommunisten zum Vorwurf gemacht wird, daß wir unsere Auffassung in den Gewerkschaften zur maßgebenden machen wollen, so muß doch jeder ehrliche Kollege zugeben, daß jede Partei dieses Ziel verfolgt.

Auch die Unabhängige Partei hat wiederholt ihre Mitglieder verpflichtet, dem Standpunkt der Partei in den Gewerkschaften zum Durchbruch zu verhelfen.

In einem Aufruf ihres Parteivorstandes vom Oktober 1920, der auch von Dißmann unterschrieben ist, heißt es wörtlich: „Die Partei verpflichtet ihre Vertreter in den Gewerkschaften, im Sinne der Partei zu wirken“ usw.

Würde also die Resolution der USP. hier angenommen, dann müßten alle unabhängigen Gewerkschaftsmitglieder, die den Anweisungen ihres Vorstandes Folge leisten, aus dem Metallarbeiterverband ausgeschlossen werden. Der Redner erinnert Dißmann daran, daß sie 1919 gemeinsam in einer Kommission gesessen haben, die die Aufgabe hatte, den Widerstand der Gewerkschaftsangestellten gegen die Rechtssozialisten zu organisieren. Aber auch die SPD. wird nicht bestreiten können, daß sie immer und überall in den Gewerkschaften ihre politische Auffassung zur Geltung brachte. Also es wird von allen Seiten dasselbe gemacht, was bei dem Vorhandensein der drei Parteien ganz verständlich ist. Aber es ist Heuchelei, wenn man dann wie alte Weiber darüber heult.

Verbandsschädigend ist nicht die politische Einstellung des einzelnen Verbandsmitgliedes; aber verbandsschädigend ist die kurzsichtige Ausschlußpolitik, weil sie den Verband zerreißt und die proletarische Einheitsfront unmöglich macht.

Wenn Buse meinte, wir hätten Schuld an dem Bestehen der Orgesch, Stahlhelme usw., dem gegenüber sage ich: erst durch das Aufgeben aller revolutionären Errungenschaften seitens der SPD. konnte die Reaktion wieder erstarken.

Hätten die Gewerkschaften an dem Bielefelder Abkommen festgehalten, dann könnten die Ludendorffer nicht so auftreten. Weil das die Gewerkschaften nicht getan haben, weil sie so oft versagt haben, deshalb ist in der Arbeiterschaft eine so große Resignation und Mutlosigkeit zu beobachten.

Wenn hier so viel von der Einheitsfront gesprochen wird und in demselben Augenblick der Ausschluß der Kommunisten propagiert wird, dann ist das ein unüberbrückbarer Widerspruch. Wir Kommunisten sind mit unserem ganzen Wollen und Denken für die Einheitsfront. Aber diese kann nur zur Tatsache werden, wenn bei allen Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung der wirklich ernste Wille vorhanden ist, nur für proletarische Interessen zu kämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Nur noch 10 Minuten Redezeit.

Friedel (SPD.) tritt für Einheitlichkeit der Bildungsveranstaltungen ein und wünscht, daß man der Lehrlingsfrage mehr Aufmerksamkeit schenke. Die Literatur für die Jugend müsse mehr dem Verständnis der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge angepaßt werden.

Barth, Emil (USP.): Die Kommunisten kritisieren wohl viel, aber wenn sie praktisch ihre Fähigkeiten beweisen sollen, dann versagen sie. Beim Löwestreik in Berlin habe ich ihnen im Auftrage der Berliner Gewerkschaftskommission die Führung des Kampfes angeboten, aber sie haben nicht den Mut dazu aufgebracht, sondern meinen Antrag abgelehnt. — Der Redner warnt davor, daß der Metallarbeiterverband neben der Betriebsräteschule in Berlin, die für sämtliche Gewerkschaftsmitglieder unter großem Kostenaufwand geschaffen worden sei, ein eigenes Bildungsinstitut errichtet.

Weiß-Saargebiet (KPD.) berichtet von den schweren Kämpfen, die die Metallarbeiter in dem besetzten Gebiet mit dem Unternehmertum auszufechten haben. So stehen auch jetzt wieder 5000 Kollegen auf der Völkinger Hütte im Streik und das Unternehmertum hat für das ganze Saargebiet den Tarif gekündigt. Trotzdem wir einen 20- bis 40 prozentigen Lohnabzug kaum hinter uns haben, drohen die Industriellen mit einem erneuten Abzug, 400 bis 450 M. pro Monat. Leider haben wir von den führenden Personen im Metallarbeiterverband nicht die notwendige Unterstützung erhalten. Die Niederlage bei unserem Kampf im Juni d. J. hat der Bezirksleiter Bernhard aus Frankfurt verschuldet; denn dieser hat, nachdem in seinem Einverständnis der Streik schon beschlossen war, ohne Wissen der Arbeiterschaft dem 20 prozentigen Lohnabbau zugestimmt. Durch die dadurch entstehende Verwirrung ging der Streik verloren. 17 der besten Kollegen blieben auf der Strecke.

Petersen-Hamburg (SPD.) berichtet über die Werftarbeiterbewegung. Er teilt mit, daß, trotzdem es in den Werftorten eine riesige Anzahl von Arbeitslosen gibt, die Unternehmer in süddeutschen Blättern, speziell in München, Arbeiter suchen. Sie glauben offenbar, daß sie mit den süddeutschen Arbeitern leichteres Spiel haben. Doch sie werden aus den Verhandlungen dieses Verbandstages erkennen müssen, daß die Arbeiter im Kampfe gegen das Ausbeutertum einig sind.

Zanther-Dresden (USP.) mahnt zur Einigkeit angesichts der drohenden Kämpfe. Er freue sich, daß nicht nur der Anschluß von rechts in greifbare Nähe gerückt sei, sondern daß auch die Kommunisten durch Weglassen des Wortes Moskau in ihrer Resolution bewiesen hätten, daß sie sich auf den Boden der realen Tatsachen stellen.

Kraus-Stuttgart (KPD.): Trotzdem auf dem letzten Verbandstag mit überwältigender Mehrheit eine Resolution angenommen wurde, nach der den Mitgliedern der einzelnen Verwaltungsstellen das weitgehendste Selbstbestimmungsrecht eingeräumt werden soll, hat der Vorstand das Selbstbestimmungsrecht der Stuttgarter Mitgliedschaft mit Füßen getreten. Es wird dem Vorstand nicht möglich sein, hier auch nur einen Fall von Statutenübertretung oder gar verbandsschädigendes Treiben seitens der Ortsverwaltung oder der Generalversammlung der Verwaltungsstelle Stuttgart nachzuweisen. Durch das parteiische, nur von Kommunistenhaß diktierte Vorgehen des Vorstandes ist es soweit gekommen, daß wir in Stuttgart seit Mai d. J. keine Generalversammlung mehr abhalten können. Nur der Einsicht der Kommunisten ist es zu verdanken, daß es nicht zur Spaltung gekommen ist.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Ein Dringlichkeitsantrag des Kollegen Albrecht (USP.), alle drei Fraktionen zu beauftragen, den Versuch zu unternehmen, eine gemeinsame Entschließung zustande zu bringen, wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Das Schlußwort Dißmanns.

Dißmann: Auf die Ausführungen des Kollegen Friedel will ich kurz antworten, daß der Vorstand durch eine Reihe von Maßnahmen bewiesen hat, daß er der Frage der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter die größte Aufmerksamkeit gewidmet hat. Dem Wunsche Emil Barths, in Berlin keine eigenen Bildungseinrichtungen zu schaffen, kann nicht entsprochen werden, weil wir bei unseren Bildungsveranstaltungen auch rein berufliche Interessen berücksichtigen müssen.

Dem Kollegen Weiß aus dem Saargebiet würde ich gern ausführlich antworten. Doch ich kann ihm nur so viel sagen, daß die Schuld an der Niederlage im vergangenen Sommer in der Zerrissenheit der Arbeiterschaft zu suchen ist.

Auf die Ausführungen des Kollegen Kraus ist zu sagen: Stuttgart ist ein besonderes Kapitel. Der Vorstand traf seine Maßnahmen gegen die Stuttgarter Ortsverwaltung und Generalversammlung nur unter dem bitteren Zwang der Erhaltung der Organisation.

Auf den ausführlichen Bericht des Ausschußvorsitzenden Lang muß ich etwas näher eingehen. Es kann nicht angehen, daß sich der Ausschuß Rechte anmaßt, die ihm nicht zustehen. Das hat er aber getan in der Frage der Anstellung von besoldeten Kollegen und bei der Beschickung der Arbeiterakademie. Die Schlußfolgerung, die der Ausschuß bei den verschiedenen Ausschlußanträgen gezogen hat, liegen nicht mehr im Interesse der Organisation. Denn wenn dieser den Befehl der kommunistischen Reichskonferenz als nicht verbandsschädigend betrachtet, dann hat er eben kein Verständnis für den furchtbaren Schaden, der dem Verband dadurch erwachsen ist, in materieller wie moralischer Hinsicht.

Ich komme nun zu den Diskussionsrednern mit längerer Redezeit. Da muß ich zunächst feststellen, daß von den fünf kommunistischen Rednern hier keiner auf die Fragen, die ich in meinem Referat angeschnitten habe, eingegangen ist. Keiner hat den Mut gehabt, hier beweisen zu wollen, daß die freien Gewerkschaften gelb seien. (Zuruf: ist auch nie behauptet worden.) Die Frage, Moskau oder Amsterdam?, ist von ihnen nicht behandelt worden, ebensowenig das Genfer Arbeitsamt, die Werftarbeiterbewegung und auch nicht die Gewerkschaftstaktik. (Zwischenruf: Dann hast Du nicht zugehört!)

Wenn Braß hier Internes aus den Sitzungen meiner Partei vorgetragen hat, so will ich darüber trotz aller Angriffe auf mich schweigen. (Aha!) Mit dem Aufruf meiner Partei im Oktober 1920 bin ich nicht ganz einverstanden, wie ich überhaupt die Verantwortung nicht für alles das übernehmen kann, was von unabhängigen Zeitungen in gewerkschaftlichen Dingen geschrieben wird.

Ich will nicht auf alle Ausführungen des Kollegen Haas eingehen, weil ich nicht durch Aufwühlen der Vergangenheit neue Gegensätze aufreißen will. Es ist dem Kollegen Haas nicht gelungen, zu beweisen, daß Arbeitsgemeinschaft und Verhandlungen im Eisen-Wirtschafts-Bund oder beim Abschluß eines Tarifvertrages dasselbe ist. Ich habe auch in Stuttgart schon erklärt, daß wir Tarife abschließen müssen. Aber ein Tarif ist nur ein vorübergehender Waffenstillstand, während die Arbeitsgemeinschaft eine Einrichtung ist, die eine dauernde wirtschaftsfriedliche Einstellung zur Voraussetzung hat. Auf die fortgesetzten Zwischenrufe von Haas antwortet Dißmann:

Verstehe mich doch, ich will doch nur das Gemeinsame unserer Auffassung in den Vordergrund meiner Betrachtungen stellen und so gut wie möglich alles Trennende vermeiden.

Aus diesem Grunde will ich auch nicht auf alle die Zitate antworten, mit denen Haas einen Widerspruch zwischen meinen Ausführungen in Stuttgart und hier beweisen will. Ich will nur alle Kollegen bitten, meine Stuttgarter Rede im Protokoll ganz zu lesen. Dann werden Sie zugeben müssen, daß ich mit keinem Wort gegen eine wirklich sozialistische Auffassung gesprochen habe.

Auch heute sage ich noch, daß die ökonomische Entwicklung in Deutschland jetzt schon reif ist für den Sozialismus.

Wenn mir Haas aus meinen in Stuttgart gebrauchten Worten über den rollenden Rubel einen Vorwurf macht, so sage ich: es ist ein Unterschied, ob ich eine ausländische Bruderpartei unterstütze im Kampf gegen das Kapital, oder ob ich sie unterstütze zu dem Zweck, die Arbeiterschaft zu zerreißen. (Große Unruhe.)

Wenn der kommunistische Fraktionsredner meinte, daß wir Gewerkschaftsführer nur durch Reformen vorwärts kommen wollen, daß wir Angst vor dem Kampf und vor dem Siege hätten, so sage ich, vor dem Kampf und Sieg habe ich keine Angst. Aber ich befürchte, daß, wenn die drei Parteien sich wirklich einigen, um den Gegner niederzuschlagen, sie sich unmittelbar nach dem Sieg wieder gegenseitig die Schädel einschlagen.

Der Redner gibt dann eine detaillierte Darstellung über die Vorgänge beim Kapp-Putsch, wobei es zu wiederholten stürmischen Unterbrechungen kam.

Zu den Resolutionen will ich bemerken, daß die der KPD. im Interesse des Verbandes nicht angenommen werden kann. Ich hoffe aber, daß es gelingen wird, die beiden Resolutionen der SPD. und USP. in eine umzuwandeln.

Zum Schluß noch ein paar Worte über die Ausschlußanträge gegen die Kommunisten. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wo es am Platze ist, mit Milde verfahren wird. Aber wo die Einigkeit des Verbandes in Frage kommt, muß mit aller Energie vorgegangen werden. Ich bin nicht gegen die Kommunisten als Partei und will sie im Verband auch gar nicht missen, so weit sie sich der Disziplin unterordnen.

Zum Sieg des Proletariats brauchen wir alle, auch die Kommunisten.

Und nun noch ein paar Worte über meine Person. Ich habe den Verband zwei Jahre nach bestem Wissen und Gewissen geführt. Mögt Ihr über mich entscheiden, wie Ihr wollt. Ich bin entschlossen, für den Verband zu wirken, solange es meine Kräfte erlauben. (Beifall.)

Es ist inzwischen 1½ Uhr geworden. Die Sitzung wird bis 4¼ Uhr vertagt.

5. Verhandlungstag. — Nachmittagssitzung.

Der Vorsitzende Braß eröffnet um 5 Uhr die Sitzung und verliest folgende von der Kommunistischen Fraktion eingebrachte

Erklärung.

„Auf die Anfrage des Kollegen Kummer antwortet die Fraktion der KPD.:

Die Richtlinien des Jenaer Parteitages für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften verpflichten die Kommunisten nicht zur Durchbrechung des Verbandsstatuts oder irgendwelcher Verbandsbeschlüsse.

Wir halten es für unsere Pflicht, die seit Monaten von Gewerkschaftsorganen und dem Vorstand verbreiteten Behauptungen, die Kommunisten wollten Beschlüsse der Organisation durchbrechen oder die Gewerkschaften auf Anweisung von Moskau oder ihrer Parteizentrale zerstören, als Verleumdung zurückweisen.

Wir erklären aber weiter, daß wir uns nicht das Recht nehmen lassen, innerhalb der Grenzen des Verbandsstatuts auf die Aenderung der nach unserer Meinung falschen Verbandsbeschlüsse hinzuwirken.“

Der Ausschußvorsitzende Lang weist in seinem Schlußwort die gegen den Ausschuß gerichteten Vorwürfe, speziell die des Kollegen Dißmann, zurück. Er ersucht den Verbandstag, sich bei seiner Abstimmung über die Ausschlußanträge an die Entscheidungen des Ausschusses zu halten.

Im Interesse des Verbandes müssen die gegen die Kommunisten gerichteten Ausschlußanträge abgelehnt werden.

Wegmann (KPD.): Dißmann hat in seinem Schlußwort von einem Kollegen gesprochen, der in der Verwaltungsstelle Elberfeld zum Streik aufgefordert hätte, obwohl er dieser gar nicht angehörte. Ich habe mich durch Zuruf als der angebliche Täter gemeldet und stelle hier fest, daß ich in Elberfeld auf Wunsch der dortigen Kollegen ein Referat gehalten, dabei aber nicht zum Streik aufgefordert habe. Ich sagte lediglich, daß die Kollegen im Kampfe gegen das Unternehmertum zusammenstehen sollen und daß, wenn es zum Streik käme, die Kommunisten Schulter an Schulter mit ihren Kameraden kämpfen würden. Das ist die ganze „Streikhetze“, die ich getrieben habe.

Die gegen mich daraufhin inszenierte Hetze zeigt wieder einmal so recht deutlich, mit welch gemeinen Mitteln gegen die Kommunisten vorgegangen wird. Hier auf dem Verbandstag konnte ich mich gegen den Angriff sofort verteidigen, aber geschieht dieser, wie so oft, in der Presse, dann ist es nicht leicht, die Verleumdungen zurückzuweisen.

Braß (KPD.): Mir lag es bei meinen Feststellungen in bezug auf die Betätigung des Kollegen Dißmann in der Unabhängigen Partei fern, ihm einen Vorwurf zu machen. Ich wollte damit nur feststellen, daß jede Partei danach trachtet, ihren Einfluß in den Gewerkschaften zu vergrößern. Dieser Nachweis ist mir gelungen.

Schliestedt vom Hauptvorstand erklärt im Namen Dißmanns (dieser ist durch Heiserkeit am Sprechen verhindert), daß durch die persönlichen Bemerkungen an der Darstellung Dißmanns nichts geändert werde.

Es wird nun die

Abstimmung über 73 Anträge

vorgenommen. Die große Anzahl macht eine Einzelabstimmung unmöglich. Es werden deshalb auch die weitaus meisten Anträge summarisch behandelt. Ein großer Teil wird durch die eingereichten Resolutionen der drei Fraktionen über die Taktik als erledigt erklärt.

Nur bei einzelnen Anträgen kommt es zu kurzen Debatten, so bei dem von Berlin gestellten Antrag 231, der eine Unterbindung der Munitionserzeugung fordert. Die Kommunistische Fraktion schlägt eine präzisere Fassung vor. Der Antrag, der mit Mehrheit angenommen wurde, lautet nun folgendermaßen:

„Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Herstellung von Kriegsmunition und Kriegsmaterial zu unterbinden."

Ein Antrag aus Eßlingen, der verlangt, daß die Grenze bei Gewährung von Notlagenunterstützung nach § 2e des Statuts auf 120 Mark erhöht werden soll, wird abgelehnt, desgleichen ein Antrag, der verlangt hatte, daß überhaupt keine bestimmte Grenze nach oben festgesetzt werden soll.

Einen großen Raum nahm der ziemlich zeitraubende Bericht der Statutenberatungskommission und die bei einzelnen Paragraphen einsetzende Debatte ein.

Schluß der Sitzung 9 Uhr.

Breslauer Nachrichten.

Wo lasse ich meine Kleinen?

Für jede Mutter, welche Kinder und Haushalt allein zu versehen hat, bedeutet das tägliche Einkaufen, das Besorgen von wichtigen Gängen oder gar die Erfüllung eines Berufs neben Hausfrauen- und Mutterpflichten ein Wagestück, eine große Gefahr für die inzwischen eingeschlossenen schlafenden oder spielenden Kinder, eine Seelenpein für die Mutter! Wie gejagt rennt sie zum Markt, zum Bäcker, zum Kaufmann usw. Von innerer Unruhe geeinigt muß sie oft im überfüllten Laden oder an den Ständen warten, die Minuten werden ihr zur Ewigkeit. Ob die Kinder auch keinen Schaden anrichten? Wird kein Zank unter ihnen entstehen? Habe ich auch alle gefährlichen Gegenstände, wie Wasser, Schere, Feuerzeug fortgeräumt? So quälen die Gedanken, sie steht wie auf Kohlen, bis sie endlich davonstürmen kann. Nichts kann diese geplagte Frau mit Ruhe und Ueberlegung besorgen, nie an einem Nachmittag in die Stadt fahren, die außerhäuslichen Interessen werden ihr schließlich eine unbekannte Welt, in der allein ihr Mann Bescheid weiß, sie ist gefangen in ihren eigenen vier Wänden! — Genossen! Schwestern, die ihr vielleicht durch Zufall freier seid, befreit eure Mitschwestern! macht ihnen klar, daß eine teilweise Entlastung der Frauen jetzt schon möglich ist. Wir brauchen öffentliche Kinderheime, Kinderkrippen mit guten, ausgebildeten, liebevollen Wärterinnen, welche unter dauernder Kontrolle der Mütter selbst stehen. Es müssen Unterkunftsmöglichkeiten kleiner und größerer Kinder für Stunden, Tage und nach Bedarf länger geschaffen werden, dort sollen sie gehütet, verpflegt und gewartet werden. Seltsamerweise begreifen selbst viele proletarische Mütter diese Notwendigkeit in ihrer Bedeutung nicht, sie selbst fallen den dafür Kämpfenden mit wenig stichhaltigen Gründen in den Arm und stellen die Schattenseiten, die sich zweifelsohne bei neuen Einrichtungen ergeben könnten, in den Vordergrund. Unsere Jugend darf den Gefahren der offenen Straße nicht länger ausgesetzt sein, jedes Kind soll früh erkennen lernen, wie durch Solidarität, Unter- und Einordnung erst ein glückliches Verhältnis vieler und vielen möglich ist. Die Kinder gehören nicht nur den Eltern, sondern der Allgemeinheit: der Gesellschaft!

Als ich kürzlich einer Arbeiterfrau gegenüber etwa so diese Pläne angedeutet hatte, erhielt ich die Antwort: „Dann müßten wir aber hier viele Heime haben, denn in meiner Gegend sind schrecklich viel Kinder auf der Straße und woher das Geld jetzt dafür nehmen?" —

Da erinnere ich mich der leerstehenden Schlösser, aus denen die adligen Raubvögel geflohen sind, der Paläste, deren Bewohner in den Bergen oder am Meeresstrande weilen, der Villen, die fernab vom Getriebe der Stadt, von einem Garten umgeben, groß genug wären, ganze Scharen von Kindern aufzunehmen, und in denen zuweilen ein alleinstehendes Ehepaar, in den Ruhestand getretene Bankiers, Börsenjobber, Kriegsgewinnler, Schieber, Wucherer, allerhand „alte und neue" Reiche leben, ich gedachte der Millionen, die zur Förderung „unserer Industrie", „unserer Landwirtschaft", „unseres Kapitals" so reichlich fließen, der Milliarden, die der Unterhalt der Technischen Nothilfe, der Sipo, Schupo und Popo verschlingt und ich sagte voll innerster Ueberzeugung: An Mitteln fehlt es nicht, es fehlt an dem eisernen geschlossenen Willen der arbeitenden Massen, sich dieser Mittel zu bemächtigen. Dieser Wille ist noch nicht verstanden, weil große Massen sich ihrer Aufgabe noch nicht bewußt, sich über ihre Ziele noch nicht einig sind. Ein großer Teil läuft ja noch jener Arbeiterpartei nach, deren „bewährter Führer", der Sozialdemokrat Südekum, den famosen Auftrag einbrachte, dem davongelaufenen Hohenzollern 70 Millionen in den gefräßigen Rachen zu schleudern und 33 Schlösser als gebeiligtes, unantastbares Eigentum Wilhelms anzuerkennen, gehört der sozialdemokratischen Partei an, die sich schützend vor die Geldsäcke stellt. Andere Arbeiter und Arbeiterinnen sind Mitglieder der Partei, die zwar vom Kampfe gegen die herrschende Klasse redet, aber den Kampf geflissentlich meidet, die der Bourgeoisie das Fell mit „geistigen Waffen" gerben will, und groß ist die Zahl der arbeitenden Männer und Frauen, die unschlüssig und abwartend dastehen. Nur ein kleiner, aber wachsender Teil des arbeitenden Volkes, der sich um die Fahne der Kommunistischen Partei schart, verteidigt die Interessen des arbeitenden Volkes. Wenn dieser Teil siegt, und er wird siegen, wenn sich ihm erst größere arbeitende Massen anschließen, die klar sehen und entschlossen handeln wollen, dann wird keine Mutter mehr sorgend fragen: Wo lasse ich meine Kinder? Dann übernimmt die zur Herrschaft gelangte Arbeiterklasse die Versorgung und Erziehung der Jugend. Deshalb bleibt der proletarischen Frau kein anderer Weg als der der Kämpfe um die Macht, um die Diktatur des Proletariats. Der Weg ist hart, mühsam und fordert Opfer, doch er muß beschritten werden um unserer selbst, um unserer Kinder willen.

Das Ende des Transportarbeiterstreiks. Auf Veranlassung und unter Vorsitz des Oberpräsidenten Zimmer fanden Einigungsverhandlungen zwischen Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zwecks Beilegung des Streiks im Transport- und Verkehrsgewerbe in Breslau statt. Unter Berücksichtigung des Schiedsspruchs des Schlichtungsausschusses wurde eine Einigung erzielt. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Straßenbahnvergünstigung für Kriegsbeschädigte. Nach einem Beschlusse der städtischen Körperschaften werden Kriegsbeschädigten auf der Straßenbahn künftig folgende Vergünstigungen eingeräumt: Den Kriegsblinden und einem Begleiter freie Fahrt, diesem aber nur dann, wenn er vom Anfang der Fahrt bis zu ihrem Ende mitfährt; Achterkarten für den halben jeweils gültigen Preis und auch innerhalb der Geltungsdauer der Achterkarten: für alle Kriegsbeinverletzten mit einer Erwerbsbeschränkung von mindestens 30 Prozent und für innerlich Kranke, die beim Gehen schwer behindert sind, nach Anhörung eines Vertrauensarztes der Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte der Stadt Breslau. Hierbei gilt für die Ausgabe der Achterkarten die Einschränkung, daß die Vergünstigung an Ledige nur bis zu einem steuerbaren Einkommen von 12 000 Mk., an Verheiratete bis zu einem steuerbaren Einkommen von 16 000 Mk., an Verheiratete mit 3 oder mehr Kindern bis zu einem steuerbaren Einkommen von 20 000 Mk. zu gewähren ist. Die bisher allen Kriegsbeinverletzten ausgestellten Straßenbahnkarten verlieren am 1. Oktober ihre Gültigkeit; neue Karten für Beinverletzte mit mindestens 30 Prozent Erwerbsbeschränkung und innerlich Kranke sind alsbald in der Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte der Stadt Breslau, An der Elisabethkirche 3/4, persönlich zu beantragen; dabei sind Ausweise über das augenblickliche Einkommen vorzulegen.

Marken rechtzeitig abholen! Jeder Haushaltungsvorstand muß sich seine Marken an dem für ihn festgesetzten und an den Anschlagsäulen bekannt gemachten Abholungstage besorgen. Säumige Abholer können, damit durch ihre Abfertigung nicht eine unnötige Verzögerung eintritt, auch bei der am 19. d. M. beginnenden Ausgabe ihre Marken usw. erst wieder von dem auf die Ausgabewoche folgenden Montage ab erhalten, und nur gegen Zahlung der Gebühr von 2 Mark, ohne Rücksicht auf den Grund der Unpünktlichkeit. Einsprüche sind nur nach der Zahlung und nur schriftlich bei der Stadtverteilungsstelle zu erheben. Wiederholt säumige Abholer gewärtigen außerdem gerichtliche Bestrafung. Also pünktliche Abholung der Marken! Wir heben noch hervor, daß aus Betriebsrücksichten die Ausgabestellen für das Publikum um 2 Uhr geschlossen werden müssen.

Aus der Provinz Schlesien.

Wie die Unternehmer die Tarife achten!

In der Zuckerfabrik Guttschdorf bei Striegau, die der großen Familie „der Richthofen" gehört, übt man sonderbare Praktiken. — Als im Frühjahr die Rübenkampagne vorüber war, kündigte man die Arbeiter und empfahl ihnen, sich für die Bautätigkeit bis zum Oktober zu verpflichten. Jetzt verlangt man bis zum 26. September von ihnen wieder die Unterschrift, sich als Arbeiter für die Zuckerkampagne zu verpflichten! Was ist die Ursache dieses Spiels? Man will verhindern, daß die Arbeiter zu ständig Beschäftigten werden, damit man ihnen keine Ferien zu geben braucht! Als im April sich der Betriebsrat an die Gewerkschaften wandte, wurde ihm die Antwort zuteil, daß nichts zu machen sei, weil die Arbeiter unterschrieben hätten. Anstatt den Versuch zu unternehmen, die Arbeiter in ihrem Kampf zu unterstützen, sie zu führen gegen die Maßnahmen der Großkapitalisten, überlassen sie die Mitglieder ihrem Schicksal.

Jetzt wiederholt sich dasselbe Spiel! Was werden jetzt die Gewerkschaftsführer tun?

In einer öffentlichen Versammlung in Guttschdorf, die von der KPD. einberufen war, wurden diese Fragen einer scharfen Kritik unterworfen und war die Folge einer guten Diskussion, daß die Versammelten einverstanden waren mit dem Vorschlag des Referenten, nur noch zu handeln nach den Beschlüssen ihrer Betriebsversammlungen, die dann Betriebsrat und Gewerkschaftsführer durchzuführen haben.

Wenn Kapitalisten, Unternehmer versuchen, den Tarif zu umgehen, so ist das nicht verwunderlich, wenn aber Gewerkschaftsführer nicht einmal die geringen Errungenschaften der Arbeiter durchdrücken, mit den Rechten, die der Arbeiterschaft doch wirklich nicht übermäßig beschert sind, dann müssen die Arbeiter solche Elemente durch Arbeitsbrüder ersetzen, die bereit sind, ihre Interessen zu vertreten.

Die Teuerung und die Bürokratie des Deutschen Landarbeiter-Verbandes.

In Striegau fand am Sonntag, den 11. September, eine Konferenz des Landarbeiter-Verbandes des Kreises Striegau statt, auf der der Gauleiter Laugner über die angebahnten Verhandlungen zwecks Erlangung einer Teuerungszulage berichtete. — Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß der Vorsitzende der Arbeitgeberschutzverbände Schlesiens, der Land- und Forstwirtschaft, Graf Letzerlingk erklärt hatte, daß an eine Teuerungszulage nicht gedacht werden könne, weil diese Ernte eine Mißernte sei, bei den Verhandlungen des neuen Tarifs müssen die Löhne abgebaut werden. Die Landarbeiter waren über diese Antwort empört und verlangten entschiedene Schritte vom DLV. Man sagte ihnen, jetzt könne man noch gar nicht übersehen was zu fordern sei. Die zweite Teuerungswelle müsse man erst abwarten und dann die Forderungen einreichen. Den Landarbeitern, die erwiderten „wir müssen streiken", antwortete man „wo denkt ihr hin, das geht nicht, wir müssen alles in „Ruhe" machen". Die Stimmung unter den Landarbeitern ist eine sehr gute und sie sind gewillt ihre Forderungen durchzusetzen. Die Großagrarier wollen die Landarbeiter verhungern lassen, weil sie ihren Profit nicht schmälern wollen, und die Bürokratie des DL. V. hilft diesen Krautjunkern, indem sie die Landarbeiter vom Kampfe abhält. — Wenn wir Kommunisten sagen, der Wiederaufbau (des Kapitalismus) ist nur möglich auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter, so ist das keine leere Phrase, sondern wird bestätigt auch hier an Hand dieses Beispiels. Die Landarbeiter müssen im DLV. dafür eintreten und kämpfen, daß ihre Forderungen von den Führern ihrer Gewerkschaft vertreten werden, und müssen bereit sein, zu kämpfen für ihre Forderungen! Sie müssen die Führer im DLV. beseitigen, die sie hindern im Kampfe um ihre Lohnforderungen. Landarbeiter, seid auf der Wacht!

Sagan. Die am 9. September 1921 stattgefundene öffentliche Volksversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuches. Genosse Hamann referierte. In einem zweistündigen Referat verstand er es, Ziele und Forderungen der KPD. klarzulegen. Besonderes Gewicht legte er in seinem Referat der Unterstützungsaktion Rußlands bei. Der Geist für den Kommunismus war auch in dieser Versammlung ein guter. Wir wollen nur wünschen, daß es uns in Bälde gelingt, die Einheitsfront des Proletariats herzustellen zur Verwirklichung unserer Ziele.

Außerdem hielt Genosse Hamann am Sonnabend, 10. September, und am Sonntag, 11. September, je eine Versammlung ab in Hartmannsdorf und Wengersdorf bei Marklissa. Es war in diesen Versammlungen derselbe Geist wie in Sagan. Auch diese erfreuten sich eines guten Besuches.

Hermsdorf städt. Die „Schlesische Bergwacht", Organ der SPD., Waldenburg, veröffentlicht in der Freitag-Nr. folgenden Bericht:

Die Arbeiterzersplitterer. Am Sonntag fand hier eine Kommunistenversammlung statt, in der ein Herr Bonnecker aus Schmiedeberg referierte. Die Ausführungen waren sehr sachlich, und hätte der Referent nicht zum Schluß die kommunistischen Ziele verraten, hätte man glauben können, einen Genossen von der SPD. vor sich zu haben. Der Redner behauptete, die KPD. würde durch Ausnahmegesetze in ihrer Entwicklung gehindert. Hierbei führte er das Verbot der „Schlesischen Arbeiterzeitung" an. Daß die Kommunisten aber selbst die Diktatur predigen, spielt ja bei ihnen keine Rolle. Die Diskussion, die sehr erregt war, zeigte dem Referenten, daß nicht alle Anwesenden mit den Ausführungen einverstanden waren. Die russischen Verhältnisse wurden ganz besonders von einem Diskussionsredner erwähnt und er wies nach, daß die Diktatur in Rußland geradezu traurige Verhältnisse geschaffen hat. Angeführt muß hier immer wieder werden, daß die Zersplitterung der Arbeiterschaft unter sich selber dem Kapital nicht entgegen, sondern gerade in die Hände arbeitet. Hoffentlich kommen die paar Leutchen, die in unserem Heimatdorfe der KPD. noch nachlaufen, recht bald zu Verstande und lernen einsehen, daß diese Zersplitterung nur schaden, aber niemals nützen kann.

Hierzu haben wir folgendes zu bemerken: Entweder scheint der Berichterstatter die Ziele der KPD. nicht zu kennen oder, wenn er sie kennt, ist er kein SPD.-Mann. Da aber das letztere der Fall zu sein scheint, müssen wir schon sagen, daß der Betreffende einmal den Kommunismus studieren soll. Und wenn der Referent der KPD. sachlich und richtig gesprochen, so möchten wir ihn bitten, seinen SPD.-Genossen zu sagen, daß die SPD. als Organisation so handelt wie einzelne sprechen und die große Masse fühlt, nämlich kommunistisch. Dann gibts keine Zersplitterung mehr, sondern eine geschlossene proletarische Front. Darüber mit der „Schles. Bergwacht" zu streiten, wer die Zersplitterer sind, das wäre ein Kampf gegen Windmühlenflügel.

Nieder-Hermsdorf. Auch in unserem Orte bemüht sich die Staatsanwaltschaft eifrig, unter Zuhilfenahme der Polizei und der üblichen Spitzel, einzelne unserer Genossen wegen Landfriedensbruchs ins Gefängnis zu bringen. Der Tatbestand, den man unseren Genossen wie auch verschiedenen SPD.-Leuten zur Last legt, ist ganz kurz folgender: Am 3. Mai d. J. fand eine Demonstration der ganzen Belegschaft der Grube „Glück-Hilf" statt, und zwar zogen die Massen vor das Direktionsgebäude, um den Direktor Bennighof zu veranlassen, die rote Fahne zu hissen. Im Verlauf der Demonstration soll der Herr Direktor von einzelnen jungen Schieferjungen gemißhandelt worden sein und einen Nervenschock bekommen haben. Die Anklage behauptet aber, unsere Genossen hätten die Mißhandlung begangen. Was haben nun diejenigen, welche den Landfriedensbruch begangen haben sollen, in Wirklichkeit getan? Sie haben auf die Massen eingeredet, keine Ausschreitungen zu begehen und die Ruhe aufrechtzuerhalten, und den Herrn Direktor, der einen Nervenschock bekam, als er die gewaltige Masse sah, vor schweren Mißhandlungen geschützt. Es wird für die Einwohner von Nieder-Hermsdorf von Interesse sein, zu erfahren, wer der Kronzeuge dieser Anklage ist. Es ist ein Max Fischer, der mit der Polizei die engste Fühlung besitzt und zu wiederholten Malen Drohungen gegen unsere Genossen ausgestoßen hat, ihnen eins auszuwischen. Wie man diese Sorte Menschen bezeichnet, weiß wohl jeder. Wir warnen vor ihn und seine Freunde. Wer ist Max Fischer? Max Fischer bedarf die Gunst der Direktion, weil er von der Grube wegen Diebstahls entlassen worden ist. Wir sind überzeugt, daß diese Anklage mit einer Niederlage der Staatsanwaltschaft und des Spitzelsumpfs enden wird.

Grünberg. In der von der KPD. einberufenen Versammlung referierte Genosse Kraus über die Lage in Rußland. Seine Ausführungen wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. In der Diskussion traten hauptsächlich Gewerkschaftsführer auf, die alles mögliche versuchten, um der KPD. den Todesstoß zu versetzen, indem man immer wieder hervorhob, die Kommunistische Partei wolle die Gewerkschaften zersplittern, trotzdem die Parole der KPD. lautet: Hinein in die Gewerkschaften. Nachdem dieses Vorhaben mißlungen war, versuchte man von seiten der Gewerkschaftsführer aus dieser Versammlung eine Radauversammlung zu machen. Wie lange werden sich die Arbeiter dieses Gaukelspiel noch gefallen lassen?

Versammlungskalender.

Staats- und Gemeindearbeiter! Mittwoch, den 21. September, abends 7 Uhr, Fraktionssitzung im Parteibüro. Sehr wichtige Tagesordnung. Der Fraktionsvorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Jannß, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H. Berlin SW. 48

Leberflecke
Warzen verschwinden radikal für immer unter Garantie. Sommersprossen, alle Gesichtsunreinheiten. Auskunft ganz kostenlos, nur Rückmarke erwünscht.
Frau Kürschner,
Hannover, Osterstraße 56

Für Flechten-Kranke!
Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich unt. Garant. mit meinem vielbewährten Flechtenheil in 8 bis 14 Tagen.
Zahlreiche Dankschreiben. Für Kranke jetzt Preis 25 Mark.
F. Müller, Berlin-Pankow,
Große Krummenstraße 23.
Sprechstunden: 9 bis 10 und 3 bis 4 Uhr.